

NATO 3.0: Der transatlantische Käfig und der Aufstieg des „Bunkerstaates“

Der Wandel der NATO und Europas neue Rolle als Knotenpunkt für zermürbende Kriege.



Bernardo Bellotto, Die Festung Königstein, Sachsen (1756–1758). Eine befestigte, autarke Garnison, die baulich und räumlich von der darunter liegenden zivilen Welt getrennt war.

12. August 2026 | Nel Bonilla

Der NATO-Gipfel in Ankara war die formelle Bestätigung eines qualitativen Wandels in der Funktionsweise des Bündnisses. Europa wird systematisch zu einem operativen Knotenpunkt umgestaltet, zu einer sich selbst finanzierenden, sich selbst industrialisierenden Garnison, die die konventionelle Last eines Zermürbungskriegs auf dem Kontinent auf sich nehmen wird, während die herrschenden Schichten der USA die Kommandostruktur, den nuklearen Schutzschirm, das digitale Gehirn und die strategische Ausrichtung behalten.

Der NATO-Gipfel in Ankara ist zu Ende gegangen, doch sein Schatten fällt größer denn je. Viele Analysten haben argumentiert, dass das diesjährige Treffen in erster Linie dazu diente, der Rüstungsindustrie neuen Schwung zu verleihen. Das ist zwar offensichtlich richtig, doch wenn man den Gipfel auf Rüstungsverträge reduziert, übersieht man einen gravierenden qualitativen Wandel: Was genau ist die „NATO 3.0“-Doktrin, die nun offiziell ratifiziert und veröffentlicht wurde?

Einen aufschlussreichen Einblick in diesen Wandel gab es am 9. April 2026. Auf die Frage von CNN, ob das Bündnis einen von US-Präsident Trump gestellten Test bezüglich des Krieges zwischen den USA und dem Iran nicht bestanden habe, gab NATO-Generalsekretär Mark Rutte eine auffallend offene Einschätzung ab:

Sie haben das getan, was sie in einem solchen Fall zuvor versprochen hatten, denn sie wissen: Wenn es um die NATO geht, dient diese dem Schutz der USA, da die USA den Atlantik, die Arktis und Europa sichern müssen, um hier auf dem US-amerikanischen Festland sicher zu sein; sie dient aber auch dazu, die Sicherheit Europas zu gewährleisten und als Plattform für die Machtprojektion der USA zu fungieren. Was die USA also gegenüber dem Iran getan haben, konnten sie tun, weil so viele europäische Länder diese Verpflichtungen eingehalten haben.

Dieses unverblümete Eingeständnis, dass die NATO ein explizites Instrument zur Machtprojektion der USA ist, bildet den Kern von „NATO 3.0“. Es liefert den wesentlichen Kontext für die aktuelle Welle von Truppenabzügen, der Militarisierung der Industrie und beispielloser struktureller Integrationen – wie beispielsweise die [Einbindung](#) eines Obersts der US-Armee als stellvertretenden Leiter der Einsatzabteilung im Kommando der Bundeswehr im kommenden Oktober, um gemeinsame Operationen innerhalb der NATO zu optimieren.

Diese Aussage allein sollte eines deutlich machen: Bei „NATO 3.0“ geht es weder um eine transatlantische Spaltung noch um eine einfache Rückkehr zur Eindämmungspolitik des Kalten Krieges. Vielmehr spiegelt sie wider, wie die von den USA angeführten funktionalen Eliten die Multipolarität als unvermeidbare Gegebenheit akzeptiert haben. Entscheidend ist jedoch, dass die Akzeptanz dieser Realität nicht bedeutet, die souveräne Gleichheit als Ergebnis zu akzeptieren. In ihrer Weltanschauung ist Multipolarität etwas, das gesteuert und aktiv untergraben werden muss – ironischerweise beginnend bei ihren eigenen „Verbündeten“. Der US-Kern versucht, diese multipolare Welt nach seinem eigenen Bild umzugestalten, wobei Europa über die NATO als primäres und erstes Testfeld dient.

Das Bündnis wird neu organisiert, sodass Europa und andere Partner die Last an der Basis tragen: die Bereitstellung von Finanzmitteln, industrieller Produktion, physischer Infrastruktur und die hohen menschlichen Verluste eines konventionellen Zermübungskriegs. Unterdessen sichern sich die USA ihren Einfluss auf die übergeordnete Kommandoebene. Washington behält die entscheidenden strategischen Schlüssel in der Hand – vom nuklearen Schutzschild über Fernkampfkapazitäten bis hin zum digitalen Gehirn aus Geheimdienstnetzwerken, Cloud-Infrastruktur und KI-Integration – und behält sich gleichzeitig die alleinige Entscheidungsgewalt über globale Prioritäten, technische Standards und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen vor. Lässt man die Rhetorik beiseite, ist die NATO 3.0 lediglich ein operativer Knotenpunkt innerhalb des umfassenderen „Bunkerstaats“, der darauf ausgelegt ist, die Multipolarität in einem vielschichtigen Käfig zu halten.

Zur Terminologie

[Der Bunkerstaat](#): Eine qualitative Transformation des modernen Staates im imperialen Kern. Anstatt als Anbieter öffentlicher Güter zu fungieren, verlagert sich die staatliche Planung vollständig in Richtung Absicherung und Militarisierung. In diesem Modell wird die eigene Bevölkerung nicht mehr als Bürger mit bürgerlichen und wirtschaftlichen Rechten betrachtet, sondern in erster Linie als Objekt der nationalen Sicherheit. Darüber hinaus werden das Land und die Region zu operativen Knotenpunkten in einem größeren Netzwerk, das der allumfassenden hybriden Kriegsführung gegen sogenannte strategische Konkurrenten und deren Verbündete dient.

Der vielschichtige Käfig: Die miteinander verknüpften globalen Infrastrukturen – im Finanzbereich (Dollar-Clearing, Sanktionen), im Technologiebereich (hochentwickelte Halbleiter, Cloud-Rechenleistung, Standards), im Logistikbereich (Engpässe, Pipelines, Schifffahrt) und im militärischen Bereich (Interoperabilität, Kommandostrukturen) –, die der von den USA angeführte Block nutzt, um „Rivalen“ einzuschränken und sicherzustellen, dass eine multipolare Welt unter seiner strategischen Kontrolle bleibt.

Das gemeinsame Projekt zur imperialen Klasse

Auf struktureller Ebene ist „NATO 3.0“ eine kooperative Überlebensstrategie, die von einer transatlantischen funktionalen Elite gesteuert wird. Auch wenn dies nicht immer der Fall war, wurden die politischen und wirtschaftlichen Eliten Europas über Jahrzehnte hinweg in diese Richtung gelenkt. Heutzutage erkennen sowohl die herrschenden Schichten in den USA als auch in Europa, dass ihr gemeinsamer globaler Einfluss – die finanziellen, technologischen, logistischen und militärischen Hebel, aus denen sich der vielschichtige Käfig zusammensetzt – aufgrund globaler Verschiebungen unter starkem Druck steht. Für die europäischen funktionalen Eliten gilt die Bindung ihrer Staaten an die US-Kommandostruktur als einziger gangbarer Weg, um die übergreifende transatlantische kapitalistische Ordnung zu bewahren, aus der sich ihre eigene Position und ihr Reichtum ableiten.

Auch wenn ich nicht vorgeben kann, die inneren Abläufe der europäischen funktionalen Eliten zu kennen, lässt sich doch teilweise durch eine ganz bestimmte Mischung aus psychologischen und ideologischen Motivationen erklären, warum sie diese Lastenverlagerung so bereitwillig akzeptieren. Diese Faktoren – die oft Hand in Hand mit impliziten Hebeln politischen Drucks und politischer Ausrichtung gehen – decken ein breites Spektrum ab. An einem Ende steht der zynische Opportunismus funktionaler Führungskräfte, die erkennen, wo die strukturelle Macht liegt; da sie wissen, dass ihre Karrieren, ihr Status und ihre Finanzierung an die Hegemonie der USA gebunden sind, konzentrieren sie sich darauf, den lokalen Knotenpunkt effizient zu verwalten.

Am anderen Ende steht existenzielle Panik, bei der Führungskräfte aufrichtig befürchten, dass jeder Rückzug der USA Europa strategisch schutzlos zurücklassen würde, was sie dazu veranlasst, die Auflagen übermäßig zu erfüllen. Schließlich gibt es noch eine aufrichtige zivilisatorische Überzeugung, die im Paradigma „Garten versus Dschungel“ verwurzelt ist. Für diese Akteure wird die Aufrechterhaltung des vielschichtigen Käfigs – selbst auf Kosten innerstaatlicher Sparmaßnahmen und des industriellen Niedergangs – als notwendiges Opfer gerechtfertigt, um die „westliche Zivilisation“ vor einer aufkommenden multipolaren Welt zu schützen.

Diese Strategie der doppelten Zielgruppe sollte jedoch nicht als einfache Geschichte von amerikanischem Zwang und europäischer Unterwerfung missverstanden werden. Vielmehr stellt sie ein gemeinsames Projekt der transatlantischen herrschenden Schichten dar, die verbleibenden Hebel ihrer globalen Macht – den vielschichtigen Käfig – unter Bedingungen systemischer Belastungen zu bewahren, insbesondere angesichts der zunehmenden Souveränität der Länder der „Global Majority“, die die traditionellen Wege der westlichen Kapitalakkumulation und Rohstoffgewinnung zunehmend versperren.

Für die europäischen Eliten wird die Unterordnung unter die US-Führungsschicht möglicherweise als Preis für das Überleben verstanden. Während sich ihre öffentliche Rhetorik gegenüber dem

heimischen Publikum stark auf „strategische Autonomie“ und die Verteidigung europäischer „Werte“ stützt, ist ihre operative Haltung gegenüber Washington von eifriger Nützlichkeit geprägt: Sie stellen europäisches Territorium, Infrastruktur und öffentliche Haushalte als Plattform zur Machtprojektion für den in den USA ansässigen Kern zur Verfügung. Daher wird diese Ausrichtung zwar durch zynisches Kalkül aufrechterhalten, aber auch durch eine verinnerlichte Ideologie (man könnte sagen, eine historisch gewachsene Meta-Ideologie). Diese Eliten betrachten die Wahrung der Vorherrschaft der USA als ihre sicherste Option. Dabei verwandeln sie ihre eigenen Staaten bereitwillig in operative Knotenpunkte innerhalb der transatlantischen Architektur, die mit hoher Belastung und geringer Autonomie verbunden sind.

Von NATO 1.0 zur NATO 3.0

Die NATO ist nicht erst gestern entstanden, und die Debatte über die „Lastenteilung“ hat in ihren Reihen eine lange Geschichte. Bevor man jedoch ihre aktuelle Form genauer unter die Lupe nimmt, ist es sinnvoll, kurz die Kernfunktionen ihrer ersten beiden Phasen nachzuzeichnen.

Ohne die gesamte Geschichte noch einmal aufzurollen: Die NATO 1.0 band Westeuropa unter dem Banner der Eindämmungspolitik im Kalten Krieg und einer Rhetorik der Verteidigung gegen den Sowjetblock an die USA. In der Praxis hinderte sie diese Nationen daran, sich dem sozialistischen Lager anzuschließen, und diente als wichtigstes Instrument, um die herrschenden Schichten Europas in den von den USA geführten Einflussbereich einzubinden. Die Logik der Lastenverlagerung war von Anfang an beabsichtigt. Ein Memorandum des US-Verteidigungsministeriums aus dem Jahr 1959 hält diese Strategie eindeutig fest und weist darauf hin, dass die USA bereits 1956 ihren NATO-Verbündeten mitgeteilt hatten, dass sie die militärische Unterstützung für konventionelle Streitkräfte schrittweise reduzieren würden:

Im Dezember 1956 wies Verteidigungsminister Wilson die NATO-Staaten darauf hin, dass die USA ihre militärische Hilfe auf moderne Waffen konzentrieren würden, und forderte sie auf, zunehmend oder vollständig die Verantwortung für die laufende Instandhaltung ihrer Streitkräfte und ihren Bedarf an konventionellem Material zu übernehmen.

Diese grundlegende Arbeitsteilung – bei der Washington die strategische Ebene (durch die Entwicklung „fortschrittlicher Waffen“) kontrolliert, während Europa die wirtschaftliche Last konventioneller Truppen und Ausrüstung trägt – ist das Vorbild für die heutige Situation. In dem Memo wurde stolz auf den Erfolg der USA bei der Förderung einer „koordinierten europäischen Entwicklung und Produktion fortschrittlicher Waffen ... unter Einsatz eigener Ressourcen“ hingewiesen, wobei die gemeinsame europäische Finanzierung der Hawk-Rakete neben dem Kauf von „in den USA hergestellter Ausrüstung“ angeführt wurde. Dies ist der direkte Vorläufer der industriellen Konsolidierung, die wir in der NATO 3.0 beobachten und die Europa dazu drängt, sein eigenes Kapital einzusetzen, um die Rüstungsproduktion auszuweiten, die dabei streng auf Interoperabilität mit US-Systemen ausgerichtet bleibt.

Diese Logik verstärkte sich im Verlauf des Kalten Krieges nur noch weiter. Bereits 1980 [forderte](#) ein offizielles NATO-Kommuniqué ausdrücklich eine „Erhöhung der jährlichen Verteidigungsausgaben aller Länder um 3 Prozent“ sowie eine formalisierte „Arbeitsteilung innerhalb der NATO“.

Als die Sowjetunion zusammenbrach, verlor die ursprüngliche Rechtfertigung für diese Architektur ihre Gültigkeit, doch die Notwendigkeit, die strukturelle Vorherrschaft der USA aufrechtzuerhalten, blieb bestehen. So überlebte die NATO 2.0 durch Expansion. Sie integrierte Osteuropa, schloss bewusst die Möglichkeit einer autonomen eurasischen Sicherheitsordnung aus und nutzte „Out-of-Area“-Operationen, um ihre institutionelle Relevanz zu bewahren und gleichzeitig in den 1990er Jahren verbleibende Enklaven strategischer Autonomie zu zerschlagen. Obwohl es Anfang der 1990er Jahre sowohl in europäischen als auch in US-amerikanischen Führungskreisen bedeutende Stimmen gab, die die Auflösung des Bündnisses forderten, blieb die NATO letztendlich erhalten. Durch die Einbindung neu beitretender Staaten – wie beispielsweise der baltischen Staaten –, die leicht dazu gebracht werden konnten, sich stärker auf Washington als auf Westeuropa zu stützen und sich diesem anzunähern, festigte die USA ihre Vorherrschaft über den Kontinent weiter.

NATO 3.0 begann sich in den 2010er Jahren abzuzeichnen, als die herrschenden Schichten der USA erkannten, dass ihre spezifische Form der unipolaren Hegemonie an Boden verlor. Dieser Niedergang wurde von einer doppelten Dynamik angetrieben: der Aushöhlung des von den USA angeführten Blocks durch unerbittliche Finanzialisierung und Deindustrialisierung im Gegensatz zum raschen industriellen Aufstieg der „Global Majority“. In diesem sich wandelnden Umfeld bleibt die NATO unverzichtbar, um Europa an Washington zu binden und jede eigenständige Annäherung Europas an Russland zu verhindern. Erneut konzentriert sich die öffentliche Rhetorik auf die Verteidigung gegen Moskau – wobei Russland als bequemer Stellvertreter für den ehemaligen Sowjetblock herangezogen wird.

Entscheidend ist jedoch, dass sich die Position der NATO innerhalb der von den USA geführten imperialen Architektur verschoben hat. Während sie in früheren Phasen das Herzstück der globalen Strategie der USA bildete, ist sie heute auf einen bloßen operativen Knotenpunkt innerhalb eines umfassenderen, domänenübergreifenden Projekts der hybriden Kriegsführung reduziert worden. Ihre Funktion besteht darin, die russische Macht lokal zu kontrollieren und zu schwächen, wodurch die Führungsspitze der USA entlastet wird, um sich auf ihre primären geopolitischen Prioritäten in anderen Regionen zu konzentrieren.

Die Logik hinter diesem Ziel, Russland „zu entmachten“ und „zu überdehnen“, hat ihre Wurzeln im Ende des Kalten Krieges. Russland war schlichtweg zu groß, zu ressourcenreich und geopolitisch zu zentral, um als gleichberechtigter Partner in die westliche Architektur der NATO integriert zu werden. Washington war sich bewusst, dass jede Nation dieser Größenordnung das latente Potenzial besaß, ihre Autonomie durchzusetzen und eine rivalisierende Weltordnung zu verankern.

Zwar hat sich bis heute noch keine vollständig gefestigte alternative Ordnung herausgebildet, doch die technologischen und industriellen Fortschritte der BRICS-Staaten haben innerhalb des von den USA angeführten Blocks schrillen Alarm ausgelöst. Für den imperialen Kern ist die geopolitische Gleichung einfach: Mehr Souveränität im Globalen Süden bedeutet einen blockierten Zugang zu den Ressourcen und Märkten, die für die räumliche Verankerung des westlichen Kapitals lebenswichtig sind.

Ein aktueller Forschungsbericht des U.S. Army War College vom Juni 2026 macht diese Absichten unmissverständlich deutlich. Washington plant nun, seine Ressourcen auf die westliche Hemisphäre und den indopazifischen Raum zu verlagern, wobei erwartet wird, dass die europäischen Verbündeten zu „autonomen“ Trägern der konventionellen Verteidigung werden, während die USA den stra-

tegischen Nuklearschirm und die übergreifende Kommando- und Kontrollarchitektur fest aufrechterhalten. Wir sprechen hier nicht von echter strategischer Autonomie. Europa wird damit beauftragt, Verteidigungs- und Kriegsvorbereitungen ausschließlich im Interesse des imperialen Kerns zu finanzieren. Dies bedeutet natürlich, dass europäische Länder US-amerikanische Rüstungsgüter erwerben müssen, um die Interoperabilität zu gewährleisten – eine Dynamik, die direkt auf den ursprünglichen Entwurf der NATO 1.0 zurückgeht.

Die Grundlagen für diesen Wandel wurden während der unipolaren Ära der NATO 2.0 gelegt. In den 1990er Jahren bereiteten Washington und Brüssel unter Verwendung verschlüsselter Begriffe wie „europäische Verantwortung“, „europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität“, „Combined Joint Task Forces“ und „Defence Capabilities Initiative“ das Narrativ und die institutionellen Rahmenbedingungen für eine künftige Lastenverlagerung vor.

Doch wie der Kosovo-Krieg [deutlich machte](#), verbarg sich hinter dieser Rhetorik der „europäischen Verantwortung“ eine fest verankerte strukturelle Hierarchie. Die operative Realität der 1990er Jahre offenbarte einen Widerspruch: Weit davon entfernt, echte strategische Autonomie zu entwickeln, wurde Europa darauf reduziert, als geopolitischer Stoßdämpfer zu fungieren. Während den europäischen Streitkräften die chaotische, langfristige Last der Friedenssicherung nach Konflikten auferlegt wurde, monopolisierten die USA aktiv die hochmodernen Kampffähigkeiten. Durch die ausschließliche Kontrolle über Präzisionsschläge, strategische Mobilität, fortschrittliche C3-Systeme (Kommando, Kontrolle und Kommunikation) sowie Luftbetankung stellte Washington sicher, dass es die Autorität über die strategische Kommandoebene, die Militärdoktrin und die technologische Architektur behielt.

Diese historische Fähigkeitslücke erklärt zum Teil das eigentliche Ziel von „NATO 3.0“. Die Machteliten der USA wollen nicht einfach nur, dass Europa Geld in seine heimische Rüstungsindustrie pumpt; sie wollen, dass Europa sein Kapital so einsetzt, dass der Kontinent innerhalb einer von den USA befehligten strategischen Architektur operativ nutzbar wird. Im Kern ist die Lastenverlagerung die geopolitische Kunst, Verbündete dazu zu bewegen (oder zu zwingen), die Kosten und Risiken zu tragen, die die Hegemonialmacht lieber vermeiden möchte.

Während Washington jahrzehntelang darum rang, frühere Generationen der europäischen Eliten davon zu überzeugen, diese untergeordnete Rolle zu akzeptieren, haben die vergangenen Jahre eine gründliche Umgestaltung der transatlantischen Führungsschichten ermöglicht. Heute, unter der Belastung durch die imperiale Überdehnung der USA und dem Druck einer von Eliten geprägten multipolaren Konkurrenz, ist die Lastenverlagerung zu einer strukturellen Notwendigkeit geworden. Das ist es, was die NATO 3.0 qualitativ von ihren Vorgängern unterscheidet: Sie steht für die gemeinsame und integrierte industrielle Militarisierung des europäischen Knotens mit dem in den USA ansässigen Kern, die Umsetzung einer gesamtgesellschaftlichen Lastenverlagerung und die systemische Vorbereitung auf Stellvertreterkriege.

Der Gipfel von Ankara als institutionelle Doktrin

„NATO 3.0“ wurde auf dem Gipfel von Ankara offiziell verabschiedet, wie Generalsekretär Mark Rutte in seiner Abschlussrede am 8. Juli 2026 erklärte:

Wir richten unsere Sicherheit neu aus – zum Besseren, und genau darum geht es bei NATO 3.0.

Doch was genau machte [Ankara](#) zum Ausgangspunkt für diese neue Architektur? Während es beim Haager Gipfel 2025 darum ging, weitreichende Mandate festzulegen – insbesondere die ehrgeizige Verpflichtung, die Verteidigungsausgaben bis 2035 auf 5 Prozent des BIP anzuheben –, war Ankara der Mechanismus zur Durchsetzung dieser Ziele. Der Gipfel, der ausdrücklich als „**Umsetzungs- und Erfüllungsgipfel**“ bezeichnet wurde, hatte zum Ziel, frühere finanzielle Zusagen in konkrete Kapazitäten umzusetzen. Wie der finnische Präsident Alexander Stubb [feststellte](#), ging es in Den Haag darum, das Ziel festzulegen, während es in Ankara darum ging, dieses Ziel in die Praxis umzusetzen.

Diese beschleunigte Umsetzung vollzog sich in einem spezifischen Kontext. Sie wurde durch die intensive Druckkampagne der Trump-Regierung vorangetrieben, die die europäischen Verbündeten dazu zwang, die Hauptverantwortung für ihre eigene konventionelle Verteidigung zu übernehmen, damit Washington seine eigenen Ressourcen in den indopazifischen Raum umlenken konnte. Diese Forderung nach einer Lastenverlagerung war alles andere als subtil und wurde durch offene Drohungen mit dem Abzug von US-Truppen sowie erbitterte geopolitische Spannungen um Gebiete wie Grönland unterstrichen.

Darüber hinaus war die Ausrichtung des Gipfels in der Türkei eine symbolische Entscheidung. Als bedeutende Nicht-EU-NATO-Macht mit einer robusten, unabhängigen Rüstungsindustrie unterstrich Ankaras zentrale Rolle, dass „NATO 3.0“ nicht bloß ein bilaterales Projekt zwischen den USA und Europa ist.

Vielmehr fungiert das Bündnis als weitläufiges, vernetztes Netzwerk, in dem der europäische Kontinent nur einer von vielen operativen Knotenpunkten ist, die vom imperialen Kern gesteuert werden.

Man könnte durchaus argumentieren, dass sowohl das [Weltwirtschaftsforum](#) in Davos (Januar 2026) als auch die [Münchner Sicherheitskonferenz](#) (Februar 2026) als eigentliche Vorbereitungsphasen für „NATO 3.0“ dienten.

In Davos stand die Finanzierbarkeit der Verteidigung ganz im Mittelpunkt. Damit das europäische „Knotenpunkt“-Modell der NATO 3.0 funktionieren kann, musste privates Kapital in Milliardenhöhe in den Verteidigungssektor fließen, und Davos war der Ort, an dem dieses traditionelle Tabu systematisch abgebaut wurde. NATO-Generalsekretär Mark Rutte nutzte das Forum, um Verteidigungsausgaben als Motor der Reindustrialisierung anzupreisen. In Podiumsdiskussionen wie „Kann sich Europa selbst verteidigen?“ wurde die rhetorische Grundlage geschaffen, um die Waffenproduktion aus einer ethischen Grauzone in eine Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität zu verwandeln und Sicherheit damit faktisch als Nachhaltigkeit zu brandmarken.

Aufgrund der starken Präsenz von Finanzeliten neben den CEOs der Rüstungsunternehmen wurden hier die Weichen für die später in Ankara angekündigten öffentlich-privaten Partnerschaften gestellt, die es den Staats- und Regierungschefs ermöglichten, sich auf Mechanismen wie den [NATO-Innovationsfonds](#) und mehrjährige garantierte Beschaffungsverträge zu einigen.

Während Davos Kapital mobilisierte, sorgte München für den strategischen Schock, der nötig war, um eine strukturelle Anpassung innerhalb der europäischen Führungsschichten zu erzwingen. Die konzeptionellen Säulen von „NATO 3.0“ wurden in den Podiumsdiskussionen der MSC weiter ausgearbeitet. In informellen Briefings bekräftigten Persönlichkeiten wie Elbridge Colby (US-Staatssekretär im Verteidigungsministerium), dass die USA planen, ihre konventionellen Kernkräfte neu zu verteilen. Der Jahresbericht der Konferenz selbst, der ein Kapitel mit dem [Titel](#) „Europa: Fragen der Loslösung“ enthielt, lieferte die datengestützte Argumentation, dass Europa seine militärische Abhängigkeit ablegen müsse, um als autarker regionaler Akteur agieren zu können.

Entscheidend war jedoch, dass es dabei um die Schaffung eines autarken Knotens ohne tatsächliche Autonomie ging. Wie NATO-Botschafter Waltz in seinen Ausführungen auf der Konferenz deutlich machte, ist das Ziel ein starkes, aber bewusst nicht unabhängiges Europa.

Die offizielle Doktrin zeichnet das Bild eines Bündnisses, das operativ weniger von den USA abhängig ist und Europa in die Lage versetzt, die [Führung](#) bei der Verteidigung des eigenen Kontinents – oder, genauer gesagt, bei der [Vorwärtsverteidigung](#) – zu übernehmen. Während eines NATO-Treffens in Brüssel im Juni 2026 machte US-Kriegsminister Pete Hegseth diese Vereinbarung deutlich:

Es soll sicherstellen, dass die NATO zügig und unumkehrbar auf eine führende Rolle Europas zusteuert, dass sie die Hauptverantwortung für die Verteidigung Europas übernimmt, dass sie dafür sorgt, dass unsere Streitkräfte auf die globalen Bedürfnisse Amerikas ausgerichtet sind, und dass sie gewährleistet, dass unsere Zugangs-, Stationierungs- und Überflugrechte klar definiert und gesichert sind.

Eine weitere tragende Säule von „NATO 3.0“ ist ihr ehrgeiziges Finanzmandat. Das Bündnis hat sich das atemberaubende Ziel gesetzt, bis 2035 tatsächlich 5 Prozent des BIP in die Verteidigung zu investieren, wobei die europäischen Gesamtausgaben bereits bei rund 4 Prozent liegen. Dieser massive Kapitalzufluss soll den Kontinent weg von bloßen politischen Verpflichtungen hin zu aktiver Beschaffung, gemeinsamer Fertigung und schnellem Einsatz in den Bereichen KI, Cybersicherheit und Raketenabwehr führen.

Somit ist die Darstellung, die USA würden Europa im Stich lassen, ein Mythos. Die USA verlassen Europa nicht; vielmehr festigen sie in Fragen der Befehlsgewalt und der technologischen Architektur aktiv ihre Position. Sie sorgen dafür, dass Europa die physische, industrielle und finanzielle Hauptlast für die Aufrechterhaltung dieser imperialen Architektur auf dem Kontinent trägt.

Die Industriekrise und „Flexible Response 2.0“

Was diesen Strukturwandel grundlegend antreibt, ist nicht nur eine übergeordnete Strategie, sondern eine materielle Krise im imperialen Kern: Die industrielle Verteidigungsbasis der USA ist so stark geschwächt, dass sie nicht mehr in der Lage ist, gleichzeitig hoch intensive oder zermürbende Konflikte einseitig aufrechtzuerhalten – eine systemische Verwundbarkeit, die das US-Verteidigungs-Establishment spätestens seit dem Vietnamkrieg erkannt hat, die es jedoch nach dem endgültigen Sieg im Kalten Krieg und dem Eintritt in eine Phase unangefochtener Unipolarität bewusst ignorierte. Um die für die Neuausrichtung auf den indopazifischen Raum erforderliche „strategische Flexibilität“ zu erreichen, ist Washington gezwungen, auf die industriellen Kapazitäten seiner

„Verbündeten“ bzw. Vasallen zurückzugreifen. Diese Notwendigkeit ist jedoch ein Produkt seiner eigenen manichäischen Logik, die die Eindämmung und Gestaltung einer multipolaren Welt als existenzielle Nullsummen-Notwendigkeit betrachtet.

Diese Notwendigkeit wird in strategischen Kreisen der USA offen diskutiert. Das Center for Strategic and International Studies (CSIS) stellt in seinem Bericht „[Reindustrialization and Great Power Competition](#)“ vom Juli 2026 einen expliziten Zusammenhang zwischen industrieller Kapazität und der Behebung von Munitionsengpässen her und bezeichnet diese als wesentliche Säule der Abschreckung – womit im Kontext einer hybriden Kriegsführung in mehreren Domänen die „Abschreckung durch Verweigerung“ gemeint ist.

Die offizielle US-Strategie [spiegelt](#) diese Schwerpunktsetzung wider und bezeichnet die „industrielle Zusammenarbeit mit Verbündeten und Partnern“ als zentrale Säule, um die Massenproduktion standardisierter konventioneller Systeme „auszulagern“ und es den US-Produktionslinien dadurch zu ermöglichen, sich ausschließlich auf hochwertige, proprietäre Technologien zu konzentrieren. Diese Regelung greift offen das strukturelle Konzept der NATO 1.0 auf.

Diese Dynamik wurde kurz vor dem Gipfeltreffen in Ankara als direkte Politik formuliert. Der Sonderbericht „[NATO 3.0](#)“ der Heritage Foundation vom Juli 2026 skizzierte eine Doktrin der „Flexible Response 2.0“. Der Bericht argumentiert, dass strategische Flexibilität der USA unmöglich sei, solange Washington an die konventionelle Verteidigung Europas gebunden bleibe. Er stellt unverblümt fest, dass das Erreichen eines Ziels von 2 oder 5 Prozent des BIP sinnlos sei, wenn Europa Systeme kaufe, deren Betrieb und Wartung von den USA abhängig seien. Stattdessen fordert der Bericht, dass europäische Investitionen die US-Ressourcen auf dem Kontinent – wie schwere Panzer und Luftabwehrsysteme – physisch ersetzen, wodurch diese amerikanischen Ressourcen für den weltweiten Einsatz freigesetzt würden.

Durch diese „transatlantische Verteidigungsindustrielle Revolution“ wandelt sich die NATO nicht von einem traditionellen Bündnis – was sie ohnehin nie war –, sondern verfestigt vielmehr ihr grundlegendes imperiales Konzept zu einer totalisierten geoökonomischen Architektur. Dieser Wandel bedeutet eine tiefgreifende Straffung der strukturellen Bindungen des Bündnisses, die in einer technologischen Interoperabilität verwurzelt ist, die als Nährboden für diese moderne Symbiose dient. Dies erzwingt eine beispiellose Neugewichtung: Europa fungiert als hyperintegrierte „Fabrik“ – die das Rohkapital, die Produktionslinien und die konventionelle Masse vor Ort in ihrem spezifischen Einsatzgebiet bereitstellt –, während die USA ihren Einfluss als „Gehirn“ sichern und diese gesamte Masse über proprietäre Technologien, Cloud-Architekturen, weltraumgestützte Aufklärung und nukleare Monopole in ihren globalen Kommandoapparat einbinden.

Durch die Standardisierung europäischer Produktionslinien anhand gemeinsamer transatlantischer Blaupausen schafft Europa eine Verteidigungsbasis, die vor Ort autonom ist, strukturell jedoch an US-amerikanische technische Standards gebunden ist. Im Gegensatz zu früheren Epochen, die von politischen Zusagen geprägt waren, festigte der Gipfel in Ankara – mit dem [NATO-Verteidigungs-industrieforum](#) als Anker – diesen Wandel von finanziellen Zusagen hin zur Unterzeichnung von Verträgen und machte das 5-Prozent-BIP-Ziel zu einer greifbaren Realität in Form von Produktionslinien. In diesem Modell wird die NATO zu einem industriellen Knotenpunkt in einem umfassenden US-amerikanischen Netzwerk, das regionale Gegner in Europa absorbiert und zermürbt und es dem hegemonialen Kern ermöglicht, global zu agieren.

Die transatlantische Revolution in der Rüstungsindustrie

Sowohl auf dem [NATO-Gipfel in Ankara](#) als auch bei einer Veranstaltung des Atlantic Council in Washington einen Monat zuvor stellte Generalsekretär Mark Rutte ausdrücklich [Initiativen](#) vor, mit denen das, was er als „transatlantische Revolution in der Rüstungsindustrie“ bezeichnete, konkretisiert werden soll.

Ein Highlight dieser Revolution ist das „NATO Engine“-[Rahmenwerk](#). Es fungiert als grenzüberschreitendes Fertigungssystem, das Produktionskapazitäten in Europa und Kanada direkt mit US-Rüstungsunternehmen vernetzt, um gemeinsam Luftabwehr- und Angriffssysteme herzustellen. Darüber hinaus „wurde die Ukraine eingeladen, sich dem Pilotprojekt anzuschließen“ (das bis Dezember 2027 laufen soll), wodurch sichergestellt wird, dass das „Abnutzungslabor“ vollständig in diese Lieferkette integriert bleibt.

Dann gibt es noch die [vielversprechend benannte](#) „NATO Front Door“, eine standardisierte, bündnisweite digitale Plattform, die Beschaffungsanforderungen bündelt. Sie dient im Wesentlichen als Unternehmenskatalog und liefert privaten Rüstungsunternehmen klare, langfristige „Nachfragesignale“, damit diese zuversichtlich dauerhafte Produktionsstätten errichten können. Interessanterweise werden diese [Beschaffungsmöglichkeiten](#) völlig unvertraulich aufgelistet, was das Kriegsgeschäft so transparent macht wie eine Wunschliste beim Online-Shopping. Die „[Nachfragesignale](#)“ selbst sind eine faszinierende Lektüre:

- Steigerung der Kampfkraft großer Landstreitkräfte,
- Abwehr von Luft- und Raketenangriffen,
- Durchführung wirksamer Tiefenangriffe,
- Bereitstellung schneller und skalierbarer medizinischer Versorgung und Evakuierung,
- effiziente, zuverlässige und anpassungsfähige Logistik zur Unterstützung militärischer Operationen.

Darüber hinaus enthält jedes Ausschreibungssignal eine hilfreiche Unternehmensbeschreibung. Nehmen wir zum Beispiel „Durchführung effektiver Tiefenangriffe“:

Stark verteidigte, verstreut liegende und befestigte Ziele von hohem Wert in großen Entfernungen stellen eine große Herausforderung für Operationen zu Lande, in der Luft und auf See dar. [...] Angestrebter Endzustand: Die Alliierten sind in der Lage, Ziele von hohem Wert über unterschiedliche Entfernungen hinweg in gesperrten und umkämpften Umgebungen präzise und effektiv zu treffen, um Luft-, Boden- und Seeoperationen zu unterstützen. Ihre Lösung sollte ganz oder teilweise den präzisen, schnellen und treffsicheren Angriff auf Ziele ermöglichen. Solche Angriffe sollten unbeabsichtigte Auswirkungen auf eigene Streitkräfte minimieren und durch schnelles und unvorhersehbares Eingreifen gegen Ziele einen strategischen Vorteil verschaffen. Die Bündnispartner streben an, diese Effekte mit einer Lösung zu erzielen, die ein optimales Verhältnis von Kosten pro Treffer bietet. Ihre Lösung sollte den NATO-Standards für Interoperabilität entsprechen.

Ach, das „optimale Kosten-pro-Treffer-Verhältnis“ – wenn neoliberale Effizienz auf High-End-Sprengstoff trifft. Und wie üblich ist „Interoperabilität mit der NATO“ lediglich eine höfliche Umschreibung für die strikte Einhaltung US-amerikanischer Standards.

Die nächste Initiative ist PURL (Prioritised Ukraine Requirements List), ein Mechanismus, der bereits seit einiger Zeit in Betrieb ist. Über PURL greifen die europäischen Verbündeten großzügig auf ihre eigenen nationalen Haushalte zurück, um in den USA entwickelte Ausrüstung und Abfangraketen für den sofortigen Einsatz zu beschaffen. Dies zementiert ein makelloses Geschäftsmodell, bei dem Europa den Ausbau der westlichen Verteidigungslinien finanziert, während Washingtons Rüstungsunternehmen die Früchte ernten. Wie ein Artikel des Atlantic Council hilfreich [erklärt](#):

PURL wurde als Alternative zu direkten US-Militärhilfslieferungen an die Ukraine ins Leben gerufen, die die Trump-Regierung nach ihrem Amtsantritt im Jahr 2025 eingestellt hatte. Im Rahmen von PURL ermittelt die Ukraine ihre Kapazitätslücken, europäische Staaten und Kanada stellen die Finanzierung bereit, und die US-Industrie liefert die entsprechenden Kapazitäten, vor allem [Luftabwehrsysteme](#).

Interessanterweise haben sich einige Länder höflich geweigert, sich an diesem speziellen Schwindel zu beteiligen. Frankreich beispielsweise lehnte eine Beteiligung an PURL unter Berufung auf „strategische Autonomie“ ab, anstatt sich einer weiteren übermäßigen Abhängigkeit von den USA zu unterwerfen. Die Türkei hingegen leistet trotz ihrer zweideutigen Außenpolitik einen [aktiven Beitrag](#) zu PURL.

Schließlich haben die Verbündeten in Ankara – weg von der Praxis, dass einzelne Nationen einzigartige, nicht kompatible Waffen kaufen – massive gemeinsame Blöcke gebildet, um standardisierte Plattformen zu erwerben. Dies ist die nächste Stufe der transatlantischen Symbiose von staatlicher und unternehmerischer Macht. Mehrere Verbündete einigten sich darauf, gemeinsam in Schweden hergestellte Saab-GlobalEye-Frühwarnflugzeuge zu kaufen, um veraltete AWACS-Flotten zu ersetzen. Die Nationen trieben gemeinsame Beschaffungen von Airbus-Luftbetankungsflugzeugen und Northrop-Grumman-Drohnen für große Höhen voran. Zwölf Verbündete unterzeichneten eine auf zehn Jahre angelegte Initiative im Wert von 50,66 Milliarden US-Dollar für standardisierte Langstrecken-Angriffswaffen, während im Rahmen der „Drone Edge Initiative“ bis 2031 über 40 Milliarden US-Dollar in unbemannte Systeme fließen sollen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass es hier auch um die gemeinsame Beschaffung von Luftabwehr- und Angriffssystemen sowie um die Einleitung neuer Koproduktionsinitiativen zwischen US-amerikanischen und europäischen Unternehmen geht, um insbesondere wichtige US-Fähigkeiten (Patriot, ATACMS, Abrams, AMRAAM usw.) in Europa zu produzieren.

Und natürlich gehen all diese Hardware-Anschaffungen mit der Verpflichtung einher, sie in eine [einheitliche](#), transatlantische digitale „Command-and-Control“-Kampf-Cloud und gemeinsame KI-Modelle einzubinden. Mit anderen Worten: Interoperabilität. Dies ist kein triviales technisches Detail. Eine einheitliche NATO-Cloud bedeutet zwangsläufig, dass die europäischen Streitkräfte mit in den USA hergestellter Software arbeiten werden, die auf in den USA entwickelten Chips basiert und dauerhaft den US-Exportkontrollen unterliegt. Wie ich bereits [an anderer Stelle](#) dargelegt habe, hat sich diese strukturelle Bindung durch Interoperabilität über Jahre hinweg entwickelt, doch was einst eine stille, implizite technologische Entwicklung war, ist nun offizielle, unterzeichnete Doktrin.

Was die NATO hier bewusst aufbaut, ist eine transatlantische Verteidigungsindustriebasis, die in US-amerikanischen Konzepten als gemeinsam erarbeiteter Standard verankert ist – ein echtes geopolitisches Fabriksystem.

Dieses Ausmaß an nahtloser Synergie zwischen Wirtschaft und Militär wirft eine wichtige Frage auf: Wenn das Ziel lediglich darin besteht, einen einzelnen Knotenpunkt innerhalb eines größeren globalen Schauplatzes auszurüsten, warum wird dies dann als historische Epoche dargestellt? Warum haben Rutte und im weiteren Sinne auch die NATO und der Atlantikrat bewusst den Begriff „industrielle Revolution“ gewählt?

Eine „industrielle Revolution“?

Auf den ersten Blick mag es wie reine PR-Übertreibung oder bürokratische Prahlerie von NATO-Vertretern und Strategen des Atlantic Council klingen, diesen institutionellen Wandel als „industrielle Revolution“ zu bezeichnen. Was steckt dahinter?

Die Wahl der Terminologie ist weitaus aufschlussreicher, als es den Anschein hat. Man spricht von einer „Revolution“, weil sie einen strukturellen Wandel in der Art und Weise darstellt, wie westliche Staaten mit privatem Kapital, der industriellen Produktion und der Gesellschaft insgesamt interagieren.

Im Rahmen dieses Modells soll der Richtwert von 5 Prozent des BIP als dauerhafte makroökonomische Untergrenze dienen, um die Fabrikproduktion zu sichern und eine kontinuierliche Massenproduktion im Kriegsmaßstab aufrechtzuerhalten. Bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern geht es nicht mehr darum, dass einzelne Regierungen Ausrüstung von isolierten nationalen Unternehmen kaufen. Stattdessen hat sich die NATO zu einer makroökonomischen Plattform gewandelt, die Kredite privater Banken, Kapital aus Pensionsfonds und Staatsschulden aktiv in die Kapazitäten der Rüstungsindustrie koordiniert. In der Praxis würde sich diese finanzielle Mobilisierung in der materiellen Infrastruktur der Kriegsführung niederschlagen: Das bedeutet, den physischen Ausbau von Fertigungsstraßen zu subventionieren, mehrjährige Lieferketten für Rohstoffe zu finanzieren, die Forschung und Entwicklung automatisierter Waffenfabriken zu fördern und dauerhafte Vorräte an schwerer Munition anzulegen.

Auf der Ebene der Lieferkette ist das Ziel ein einheitliches, reibungslos funktionierendes transatlantisches Netzwerk, in dem Komponenten, Software und Munition austauschbar und miteinander kompatibel sind. Im Wesentlichen wird damit ein milliardenschweres Geschäftsmodell institutionalisiert, das auf einer fortwährenden hybriden Kriegsführung basiert. Folglich wird die „Vorwärtsverteidigung“ von einer vorübergehenden militärischen Haltung zu einer unveränderlichen Grundlage der industriellen und wirtschaftlichen Organisation.

Für Washington ist dies eine willkommene geostrategische Korrektur. Sie ermöglicht es den USA, ihren strategischen Schwerpunkt selbstbewusst auf den Indopazifik zu verlagern, in dem Wissen, dass der europäische „Knotenpunkt“ so gestaltet wurde, dass er vor Ort industriell autark ist, aber dennoch an das strategische Kommando der USA gebunden bleibt. Dies führt uns direkt zum Herzstück dieser neuen Architektur: dem Finanzsystem. Damit eine solche Revolution im Verteidigungs- und Industriebereich funktioniert, reichen öffentliche Haushalte allein nicht aus; privates Kapital muss strukturell umgelenkt werden.

Die Finanzebene: Die Einbindung von ESG und die Risikominderung für die Zukunft

In der Vergangenheit wurde der Verteidigungssektor fast ausschließlich aus staatlichen Steuereinnahmen finanziert. Privatbanken, Risikokapitalfonds und Pensionsfondsverwalter mieden aufgrund strenger ESG-Vorgaben (Environmental, Social, and Governance) routinemäßig Anlagen im Verteidigungsbereich. Vor 2026 wurde der Ausschluss des Verteidigungssektors aus dem privaten Kapital von drei Hauptakteuren vorangetrieben: Die EU schuf die EU-Taxonomie für nachhaltige Aktivitäten. Zwar wurden Waffen darin nicht ausdrücklich verboten, doch wurden strenge Nachhaltigkeitsmaßstäbe festgelegt, die stark implizierten, dass Investitionen in den Verteidigungssektor „sozial schädlich“ seien. Dies bedeutete, dass Banken, die in den Verteidigungssektor investierten, riskierten, ihre „grünen“ oder „nachhaltigen“ Zertifizierungen zu verlieren. Riesige öffentliche Pensionsfonds (wie Norwegens Staatsfonds mit einem Volumen von 1,6 Billionen US-Dollar) unterliegen Mandaten, die von ihren eigenen Vorständen und den nationalen Parlamenten festgelegt werden.

Aufgrund des öffentlichen Drucks nahmen diese Vorstände ausdrücklich Ausschlusslisten in ihre Satzungen auf und untersagten ihren Vermögensverwaltern damit rechtlich den Kauf von Aktien von Unternehmen, die Waffen herstellen. Drittens entwickelten unabhängige globale Gremien wie die von den Vereinten Nationen unterstützten „Principles for Responsible Investment“ (PRI) und große Ratingagenturen (MSCI, Sustainalytics) ESG-Bewertungssysteme. Sie vergaben schlechte Nachhaltigkeitsbewertungen an alle Banken oder Private-Equity-Fonds, die militärische Vermögenswerte hielten, und drängten sie so praktisch aus dem Verteidigungsmarkt.

NATO 3.0 hat diese Dynamik umgekehrt und privates Kapital zum Hauptmotor der militärischen Modernisierung gemacht. Die ESG-Vorgaben waren ein selbst auferlegter Unternehmenskodex, der durch EU-Richtlinien gestützt wurde. NATO 3.0 hat ESG kooptiert. Indem westliche Regierungen Verteidigung rechtlich und philosophisch als ethische Voraussetzung für eine stabile und nachhaltige Gesellschaft neu definierten, verschafften sie Private-Equity-Fonds, Risikokapitalfonds und Pensionsfonds den politischen Rückhalt, den sie benötigten, um den militärisch-industriellen Komplex mit privatem Vermögen zu überschwemmen und militärische Infrastruktur als lukrative, renditestarke Anlageklasse zu behandeln.

Das Herzstück dieser Finanzarchitektur ist der **NATO-Innovationsfonds** (NIF), ein von den teilnehmenden Bündnispartnern gestütztes, mehrere Staaten umfassendes Risikokapitalinstrument in Höhe von 1 Milliarde Euro. Der NIF stellt Startkapital für Technologie-Start-ups bereit, die sich auf künstliche Intelligenz, Quantencomputing und Robotik spezialisiert haben, und [bietet ihnen](#) organisatorische Unterstützung, Beratungsdienste sowie branchenspezifische Schulungen, um sich auf dem Verteidigungsmarkt zurechtzufinden.

Ohne Finanzjargon ausgedrückt, handelt es sich hierbei im Kern um „De-Risking“. Wenn der NIF ein Unternehmen in der Frühphase unterstützt, signalisiert er privaten Risikokapitalgebern, dass eine bestimmte Technologie für die strategischen Prioritäten des Staates von entscheidender Bedeutung ist. Für private Investoren verschwindet damit die Gefahr eines Totalverlusts: Die NATO – der herausragende, finanzstarke und rezessionssichere Abnehmer – steht praktisch am Ende der Lieferkette und garantiert langfristige Verträge. Das Nebenprodukt ist nicht nur immenser privater Gewinn, sondern auch politischer Einfluss. Durch die Finanzierung und Mitgestaltung der Software, autonomen Drohnen und Quantennetzwerke, die NATO 3.0 untermauern, können Finanzeliten direkten Zugang zur und Einfluss auf die entstehende Sicherheitsarchitektur des Westens erlangen.

Während Risikokapital (über den NIF) die Risiken für junge Tech-Start-ups mindert, erfordert die schwere Arbeit der physischen Reindustrialisierung einen anderen finanziellen Motor: Private Equity. Private Kapitalgeber verlangen jedoch vor allem eines – vorhersehbare, langfristige Renditen. Bislang mieden Private-Equity-Firmen traditionelle Rüstungsfabriken. Das Risiko war zu hoch, da eine Investorengruppe Millionen in die Modernisierung einer Munitionsfabrik stecken könnte, nur um dann zu erleben, dass der Staat plötzlich einen Friedensvertrag unterzeichnet und seine Aufträge storniert, wodurch den Investoren teure, wertlose Vermögenswerte bleiben.

Das auf dem Gipfeltreffen in Ankara vorgestellte „NATO Front Door“-Konzept verändert diese Rechnung grundlegend, indem es garantierte Beschaffungsverträge mit einer Laufzeit von 10 bis 15 Jahren vorsieht. Diese langfristigen „Nachfragesignale“ beseitigen die Volatilität geopolitischer Schwankungen und verwandeln die Rüstungsproduktion von einem riskanten Glücksspiel in eine hochgradig vorhersehbare, staatlich abgesicherte Investition.

Mit diesen Garantien im Rücken ist die Vorgehensweise ganz einfach. Private-Equity-Gruppen kaufen selbstbewusst etablierte, in die Jahre gekommene Fertigungsunternehmen auf, die ineffizient arbeiten oder veraltete Maschinen einsetzen. Über einen Zeitraum von fünf bis sieben Jahren führen sie Kapital zu, um diese Anlagen rücksichtslos zu optimieren, indem sie moderne robotergestützte Fertigungslinien installieren und die strikte Einhaltung der NATO-Interoperabilitätsstandards sicherstellen. Sobald die Fabrik hochprofitabel ist, steigt die Private-Equity-Gesellschaft aus und verkauft den modernisierten Betrieb mit einem enormen Aufschlag an einen führenden Rüstungskonzern wie Lockheed Martin oder Rheinmetall.

Diese **staatlich gestützte Nachfrage** hat – wie zu erwarten war – dazu geführt, dass privates Kapital in den Luftfahrt- und Verteidigungssektor (A&D) strömt. Nach Angaben von [Penn Mutual Asset Management](#) sind die weltweiten Private-Equity-Transaktionen im Verteidigungsbereich auf ein historisches Niveau gestiegen und erreichten bei 332 einzelnen Transaktionen ein geschätztes Volumen von 50,3 Milliarden US-Dollar. Kurz gesagt: Private-Equity-Fonds kaufen aktiv die fragmentierten Überreste der alten Verteidigungsstruktur auf und bündeln sie zu modernisierten, interoperablen Konglomeraten, die auf NATO 3.0 zugeschnitten sind.

Das transnationale Fabrikssystem: Die Aushöhlung des zivilen Staates

Im Rahmen des „NATO Engine“-Konzepts erleben wir die Entstehung eines geopolitischen, transnationalen Fabriksystems – ein Phänomen, das wohl beispiellos ist. Anstelle isolierter nationaler Rüstungsunternehmen, die innerhalb ihrer eigenen Grenzen operieren, werden Produktions- und Lieferketten zwangsweise in ein einziges transatlantisches Netzwerk integriert. Ein Werk in Deutschland oder der Türkei geht über seine Rolle als nationales Gut hinaus und wird zu einem standardisierten Montageknotenpunkt umgestaltet, der Teile direkt in eine umfassendere, von den USA gesteuerte strategische Maschine einspeist. Dies ist die Integration und Symbiose des „Bunkerstaats“, die auf industrieller Ebene verwirklicht wird.

Über die Fabrikhallen hinaus erfordert dieser Wandel einen grundlegenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch, da die Grundannahmen einer Friedenswirtschaft abrupt aufgebrochen werden. Das Erreichen eines Verteidigungsziels von 5 Prozent des BIP bis 2035 erfordert eine beispiellose, nicht verhandelbare Umleitung öffentlicher Ressourcen. Vermögen, Ingenieurskompetenz und Arbeitskräfte werden aktiv aus zivilen Technologie-, Sozial- und Ökostrominitiativen

abgezogen und direkt in den Rüstungskomplex geleitet. Infolgedessen wird alles – von der zivilen Infrastruktur bis hin zu kommerzieller Software – zu „Dual-Use“-Technologie – und unterliegt den Anforderungen permanenter Sicherheit und hybrider Kriegsführung. Die Gesellschaft selbst wird umgestaltet, um eine jahrzehntelange Hochkonjunktur in der Rüstungsproduktion aufrechtzuerhalten.

Hierin liegt die bittere Ironie dieser besonderen „Revolution“. Die industrielle Revolution des 18. Jahrhunderts verschaffte Großbritannien die wirtschaftliche Vorherrschaft, um zum Zentrum eines globalen Imperiums zu werden. Diese Verteidigungsindustrielle Revolution bewirkt für Europa das Gegenteil. Sie zwingt den Kontinent zu einer radikalen, internen Reindustrialisierung, zum Bau riesiger Fabriken und zur Mobilisierung seiner gesamten Gesellschaft – nur um schließlich als hocheffizienter, untergeordneter regionaler Knotenpunkt innerhalb der übergeordneten Architektur der strategischen Flexibilität der USA hervorzugehen. Weit entfernt von einem fortschrittlichen Sprung nach vorn markiert dieser Wandel eine räuberische Neuausrichtung; anstatt die Gesellschaft in Richtung emanzipatorischer Horizonte zu heben, verschlingt der europäische Kapitalismus seine eigenen zivilen Errungenschaften, um als physischer Amboss für Washingtons globalen geopolitischen Hammer zu dienen.

Diese Dynamik rückt die [Grundsatzrede](#) von Mark Rutte auf dem NATO-Gipfel in ein neues Licht:

Schließlich kann keine einzelne Nation und keine einzelne Branche eine industrielle Revolution im Alleingang vorantreiben. Aber die gute Nachricht ist: Das müssen wir auch gar nicht. Denn wir haben die NATO. Wir bündeln die Ressourcen, die Technologien und die Industrien von 32 Ländern in Europa und Nordamerika.

Er hat nicht Unrecht. Eine imperialistische industrielle Revolution erfordert riesige Gebiete, abgebaute Rohstoffe und abhängige Märkte. Sie setzt die Einbindung zahlreicher Länder voraus, auch wenn sie den Interessen und Plänen einer herrschenden Schicht im imperialen Kern dient.

Dies bringt uns zurück zur geografischen und strategischen Bedeutung Ankaras. Berücksichtigt man diesen industriellen Wandel, erhält die vorherrschende Panik hinsichtlich der „Erschöpfung“ des US-Arsenals – die eine reale materielle Einschränkung darstellt – eine andere Bedeutung. Es handelt sich nicht mehr um eine einfache Geschichte des amerikanischen Niedergangs. Stattdessen entpuppt sie sich als **gesteuerter Übergang**: der Übergang von einem US-zentrierten, traditionellen Waffenarsenal zu einem NATO-zentrierten, interoperablen Arsenal, wobei Schauplätze wie die Ukraine und Westasien sowohl als Versuchslabor als auch als politischer Motor genutzt werden.

Die Hegemonialmacht nutzt den Schwund ihres eigenen Waffenarsenals als Auslöser für eine umfassende Umstrukturierung der gesamten transatlantischen militärisch-industriellen Architektur. Zukünftige Munition wird von einer konsolidierten transatlantischen Rüstungsindustrie in Massenproduktion hergestellt, von europäischen Steuerzahlern finanziert und doktrinär in das Kommando- und Kontrollnetzwerk der NATO integriert. Dieses neue Arsenal wird größer, dezentraler und nachhaltiger sein als das alte Modell. Es wird jedoch weiterhin unter amerikanischer Führung und amerikanischem Kommando stehen und streng auf die Interoperabilität mit amerikanischer Technologie ausgerichtet sein.

Europa als bedingt kriegsfähig

Im Juni 2026 veröffentlichte das U.S. Army War College eine aufschlussreiche [Monografie](#) mit dem Titel „Academic Year 2026–27 Annual Estimate of the Strategic Security Environment“. Über die bloße Auflistung regionaler „Herausforderungen“ und „Chancen“ hinaus legt das Dokument die strategischen Fragen offen, die das amerikanische Militär derzeit beschäftigen. Insbesondere skizziert es ein unmissverständliches Mandat für den europäischen Raum: Sicherheitsplaner fordern, dass Europa den „fragmentierten industriellen Nationalismus“ aufgibt und sich von manöverorientierten Doktrinen hin zu einem „Rahmenwerk der Positionsverteidigung“ entlang der „Ostflanke“ bewegt.



C.R.W. Nevinson, „La Mitrailleuse“ (MG); 1915; Tate Britain, London. Die Menschen verschmelzen mit der industriellen Maschinerie des permanenten Krieges.

Tatsächlich bereiten die US-Planer Europa auf einen dauerhaften Zermürbungskrieg vor – der eine Massenmobilisierung und eine integrierte Kriegproduktion erfordert –, wodurch Washington in die Lage versetzt wird, seine wichtigsten konventionellen Streitkräfte für den indopazifischen Raum abzuziehen.

Das industrielle Mandat: Konsolidierung der Fertigungsebene

Das Army War College stellt fest, dass Europa zwar über fast 1,5 Millionen aktive Soldaten verfügt, diese reine zahlenmäßige Stärke jedoch durch die Zersplitterung der Industrie und die Abhängigkeit vom US-Kommando beeinträchtigt wird. Um dem abzuhelpen, fordert der Bericht eine dringende Konsolidierung der europäischen Verteidigungsindustrie, um die für einen hochintensiven Zermürbungskrieg notwendigen Skaleneffekte zu erzielen. Er fordert sogar ausdrücklich die Erforschung einer doktrinären Neuausrichtung: die Abkehr von der

manöverorientierten Kriegsführung zugunsten eines statischen „Rahmens der Positionsverteidigung“ an der „Ostflanke“.

Die Autoren stellen fest:

Eine gründliche Bewertung des europäischen Raums erfordert eine Untersuchung des Übergangs vom fragmentierten industriellen Nationalismus hin zu einer skalierbaren, integrierten Verteidigungsindustriebasis. Von zentraler Bedeutung für diese Entwicklung wären die gesellschaftliche Mobilisierungsfähigkeit und die politische Durchführbarkeit verschiedener Wehrpflichtmodelle zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit.“

Eine umfassende Analyse dieser Passage entlarvt sie als imperiales Mandat, mit dem Washingtons Sicherheitsapparat die operativen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für seinen europäischen Einsatzbereich vorschreibt.

Erstens verlangt das Mandat, dass Europa seine getrennten nationalen Verteidigungsmärkte zugunsten einer integrierten Kriegsproduktion abbaut. Wenn US-Strategen den „fragmentierten industriellen Nationalismus“ kritisieren, zielen sie auf die bestehende europäische Struktur ab: ein Flickenteppich aus geschützten inländischen Unternehmen, doppelten Rüstungsprogrammen, inkompatiblen Plattformen und politisch sensiblen Arbeitsplätzen, die über souveräne Staaten verstreut sind.

Die derzeitige Landschaft ist unbestreitbar ein logistisches Chaos für Zwecke wie eine konsolidierte Basis für Hybrid- und Zermübungskriege in Europa. Deutschland baut den Leopard 2, Frankreich den Leclerc, Großbritannien den Challenger und Italien den Ariete – vier unterschiedliche Kampfpanzer für einen Kontinent, der sich theoretisch auf ein oder zwei Modelle standardisieren ließe. Aus der Sicht der Militärplaner in Washington führt diese Fragmentierung zu einem Albtraum aus inkompatibler Munition, unterschiedlichen Ersatzteilen und divergierenden Ausbildungsanforderungen, wodurch die europäischen Armeen nicht in der Lage sind, Seite an Seite zu kämpfen, geschweige denn sich nahtlos in eine von den USA geführte Kommandostruktur zu integrieren.

Wie jedoch die Ergebnisse des Gipfeltreffens in Ankara gezeigt haben, geht das Bestreben, diese Industriezweige zu konsolidieren, über das Ziel einer autarken europäischen Industrie hinaus und zielt stattdessen darauf ab, eine hocheffiziente europäische Produktionslandschaft zu schaffen, die in großem Maßstab Massenproduktion betreibt und direkt in NATO-weite – also mit den USA kompatible und vollständig kompatibel – Operationen einfließt.

Zweitens – und das ist vielleicht am folgenreichsten – fordern US-Strategen eine massive gesellschaftliche Mobilisierung und die „politische Durchführbarkeit“ der **Wiedereinführung der Wehrpflicht**. Mit „vielfältigen Wehrpflichtmodellen“ ist hier eindeutig eine Reihe unterschiedlicher nationaler Ansätze gemeint, die je nach Land variieren. Zudem bleibt das europäische Personal trotz beträchtlicher Zahlen an aktiven Soldaten im Grunde genommen durch seine fragmentierten Lieferketten gelähmt. Um einen zermürenden Stellungskrieg zu führen, reicht die Rationalisierung der industriellen Basis nur zur Hälfte aus; diese Kriegsmaschine muss zudem mit einem konstanten, mobilisierten Nachschub an Humankapital versorgt werden.

Zentralisierung der Befehlsgewalt und Aushöhlung der Souveränität

Wenn US-Strategen Europas „Befehlsstruktur, die nach wie vor grundlegend von der Führung der USA abhängt“, kritisieren, muss man hinter die Wortwahl blicken, um die eigentliche Absicht zu entschlüsseln. Oberflächlich betrachtet liest sich dies wie eine Aufforderung zur strategischen Unabhängigkeit Europas. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch um die Forderung, die Last des Abnutzungskriegs abzugeben. Washington verfolgt aktiv eine Strategie, bei der taktische Aufgaben delegiert werden, während die strategische Führung entschlossen beibehalten wird. Diese Dynamik wurde im Februar 2026 formalisiert, als die NATO vereinbarte, drei wichtige Joint Force Commands (JFCs) – die mit spezifischer operativer Planung betraut sind – an europäische Staaten zu übertragen, wobei Norfolk an Großbritannien, Neapel an Italien und Brunssum an eine gemeinsame deutsch-polnische Rotation vergeben wurden. Doch im Gegenzug für die Übergabe dieser operativen Führung sicherten sich die USA das Kommando über alle drei übergeordneten Teilstreitkräftekommandos (Land, Luft und See) und behielten die Kontrolle über den höchsten militärischen Befehlshaber der NATO, den SACEUR.

Weit davon entfernt, einen Rückzug zu signalisieren, **bedeutete der Gipfel von Ankara eine erhebliche Zentralisierung dieser Macht**. Dabei wurden Rahmenbedingungen vorangetrieben, die dem SACEUR die Befugnis einräumen, Truppen und Ressourcen der Mitgliedstaaten einseitig über den gesamten Kontinent zu verlegen sowie Alarmbereitschaftsstufen festzulegen, ohne im Einzelfall eine formelle Genehmigung einzuholen – ein Schritt, der die nationale Souveränität der europäischen Staaten faktisch aushöhlt. Das vielleicht Erstaunlichste an dieser nicht unwesentlichen Machtübertragung ist die **faktische Medienblockade**, die sie umgibt. Eine Entscheidung, die es einer von den USA geführten Kommandostruktur ermöglicht, die europäischen Parlamente zu umgehen, hätte die Schlagzeilen dominieren müssen. Stattdessen wurde sie unter dem Deckmantel bürokratischer „Effizienz“ stillschweigend begraben und war lediglich in einer einzigen Indiskretion von [Politico](#) vor dem Gipfel sowie in einem einzigen Bericht nach dem Gipfel auf der [Website](#) des litauischen Fernsehens und Rundfunks zu finden.

Die Grundlagen für diese Hoheitsübertragung wurden von Politico dargelegt, das ausführlich über die Bemühungen des US-Generals Alexis Grynkewich berichtete, die verbleibenden Einschränkungen des amerikanischen Kommandos zu beseitigen:

Derzeit legen die NATO-Mitglieder fest, wie und wo bestimmte nationale Waffen eingesetzt werden dürfen. Nach dem neuen Vorschlag hätte Grynkewich mehr Flexibilität bei der Verlegung von Ressourcen innerhalb des Bündnisses und bei der Festlegung der Alarmbereitschaftsstufen für militärische Ausrüstung, ohne eine formelle Genehmigung einholen zu müssen ... Einige NATO-Verbündete beklagen seit langem, dass diese sogenannten nationalen Vorbehalte zu einem Flickenteppich unterschiedlicher Regeln innerhalb des Bündnisses führen ... Die NATO „braucht außerdem, dass die Staaten ihren Teil dazu beitragen“, indem sie ihre Beschränkungen aufheben.“

Als der Gipfel in Ankara zu Ende ging, war dieser Vorschlag still und leise Realität geworden. Unter dem Vorwand, die Luftüberwachungsmission im Baltikum in eine „Luftverteidigungsmission“ umzuwandeln, gaben die europäischen Staats- und Regierungschefs ihr Vetorecht auf. Bei der Luftüberwachungsmission ging es in erster Linie um Überwachung und Abfangen; die neue „Luftverteidigungsmission“ beinhaltet das Abschießen bedrohlicher Ziele. Die Befugnis zum Einsatz ist von den nationalen Hauptstädten auf die Befehlskette des SACEUR übergegangen. Verteidigungsminister Robertas Kaunas bestätigte diesen Wandel gegenüber litauischen Medien und gab offen zu, **dass der neue Ansatz speziell darauf ausgelegt ist, die demokratische Kontrolle zu umgehen:**

Dadurch kann der Oberbefehlshaber der NATO in Europa Truppen umgruppieren und Pläne anpassen, um Kapazitäten dorthin zu verlagern, wo sie am dringendsten benötigt werden, und gleichzeitig politische Debatten zu vermeiden, die manchmal entstehen. [...] Zusätzliche Luftabwehrkapazitäten könnten bei Bedarf so schnell wie möglich eingesetzt werden, wodurch jegliche politischen Debatten vermieden würden.

Im Kern zwingt diese Regelung Europa dazu, die operative Verantwortung und die konkreten Auswirkungen der Lastenverlagerung zu tragen, während die USA sich die unangefochtene Kontrolle über die strategische Ausrichtung des Bündnisses, die Bündelung der Ressourcen und die endgültige Entscheidungsfindung sichern. Folglich werden im Vokabular der NATO 3.0 Begriffe wie „nationale Vorbehalte“ und „politische Debatten“ als bloße operative Ineffizienzen abgetan, obwohl

beide in Wirklichkeit die letzten, verbleibenden Ausdrucksformen nationaler Souveränität darstellen.

Das „Stahl-Stachelschwein“

Der Bericht enthält eine weitere Vorgabe, die sowohl aufgrund ihrer Deutlichkeit als auch aufgrund ihrer Folgen für den Kontinent erschreckend ist:

Darüber hinaus sind weitere Untersuchungen erforderlich, um die mögliche Umstellung auf ein **Konzept der Positionsverteidigung** zu bewerten. Eine Abkehr von den traditionellen **manöverorientierten Doktrinen** würde die Streitkräftestruktur, die Beschaffungsprioritäten und die langfristige Aufstellung der NATO grundlegend neu definieren und einen bedeutenden Wandel in der Art und Weise signalisieren, wie das Bündnis seine Ostflanke sichert.

Lässt man die beschönigenden militärischen Formulierungen einmal beiseite, hätte dieser strategische Wandel verheerende Folgen. Eine „manöverorientierte Doktrin“ entspricht dem klassischen Ideal der USA und der NATO: Hightech-Kriegsführung mit mobilen, kombinierten Waffengattungen, die auf schnelle Durchbrüche, Tiefenschläge und den raschen Zusammenbruch des Systems des vermeintlichen Feindes ausgerichtet ist. Ein „Rahmenkonzept der Positionsverteidigung“ ist das genaue Gegenteil davon. Es räumt ein, dass die „Ostflanke“ zu einer langfristig befestigten Grenze werden muss, an der das vorrangige Ziel darin besteht, Territorium zu halten, massive Angriffe abzufangen, Durchbrüche zu verhindern und dem Gegner maximale Verluste zuzufügen. Konkret bedeutet dies Schützengräben, Minenfelder, stationäre Artillerie, Drohnenschwärme, riesige Logistikdepots und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Mit dem Vorschlag dieser Neuausrichtung geben US-Strategen implizit zu, dass der Krieg in der Ukraine die Illusion einer sauberen, schnellen Manöverkriegsführung zunichte gemacht hat. Die NATO untersucht nun aktiv, wie sie ihre Ostflanke als befestigten, **zermürbenden „Schwamm“** organisieren kann. Infrastruktur, Gesellschaft, Industrie und Doktrin müssen alle auf die Widerstandsfähigkeit in einem Langzeitkrieg umgestaltet werden, wodurch der Kontinent auf Geheiß Washingtons effektiv in einen geopolitischen Puffer verwandelt wird, der darauf ausgelegt ist, Russland einzudämmen und zu schwächen.

Der Bericht äußert sich ebenso offen darüber, wie diese Pufferzone genutzt werden soll, insbesondere bei der Bewertung der Rolle der Ukraine als geopolitisches Instrument:

Was Stellvertreterkriege angeht, hat die NATO zwischen 2014 und 2022 eine Gelegenheit verpasst, die Ukraine als bevorzugten Partner und **willigen Stellvertreter** zu bewaffnen und auszubilden. Zwar fanden Ausbildung und Bewaffnung statt, jedoch nicht in einem Umfang, der ausgereicht hätte, um die großangelegte Invasion des Kremls im Jahr 2022 abzuschrecken. Eine gezielte und systematische „Stahl-Stachelschwein“-Strategie in der Ukraine hätte die Säule der Verweigerung innerhalb der Abschreckungsstrategie der NATO gestärkt.

Auch wenn diese Einschätzung als strategische Lehre für künftige Stellvertreterkriege gegen China formuliert ist, sind die unmittelbaren Auswirkungen auf den europäischen Raum offensichtlich. Washington wendet die Modelle des „willigen Stellvertreters“ und des „Stahl-Stachelschweins“

direkt auf die NATO selbst an. Damit Europa Schocks abfedern kann, während die USA ihre strategische Flexibilität bewahren, ist ein Rahmen für die Positionsverteidigung eine Grundvoraussetzung.

Dies führt uns zu der Forderung des Berichts, die „Streitkräftestruktur, die Beschaffungsprioritäten und die langfristige Aufstellung“ der NATO grundlegend neu zu definieren. Da die Positionsverteidigung von Natur aus auf Zermürbung ausgerichtet ist, bereitet sie das Bündnis auf Kriege vor, die sich über Jahre hinziehen. Aus diesem Grund ist die zuvor erörterte transatlantische industrielle Konsolidierung so entscheidend: Zermürbungskriege verbrauchen unglaubliche Mengen an Munition, die die derzeit zersplitterte europäische Industrie nicht aufbringen kann.

Wenn wir diese Dreierkonstellation entschlüsseln, wird der Entwurf der NATO 3.0 in vollem Umfang sichtbar. „Beschaffungsprioritäten“ diktieren die industrielle Massifizierung des Kontinents. Die „Streitkräftestruktur“ bestimmt die Verlagerung der konventionellen, taktischen Last auf die europäischen Bevölkerungen. Und die „langfristige Ausrichtung“ bedeutet die ideologische Vorbereitung auf den langen Abend der Multipolarität, indem die europäischen Gesellschaften so strukturiert werden, dass sie einen permanenten, zermürbenden Kampf zur Aufrechterhaltung der globalen Vorherrschaft des hegemonialen Kerns aushalten können.

Der Teufelskreis der Abhängigkeit

Die für diese Zukunft des zermürbenden Krieges erforderliche ideologische Prägung wird in einer weiteren Passage aus dem Bericht des Army War College klar zum Ausdruck gebracht:

Letztendlich verfügt Europa – da es zehnmal reicher ist als Russland – über das wirtschaftliche Gewicht, um sich zu verteidigen, doch es muss dringend eine gemeinsame strategische Kultur und den **politischen Willen** entwickeln, sich von einem Sicherheitskonsumenten zu einem autonomen Sicherheitsgaranten zu wandeln. Wie es in einem aktuellen Bericht heißt: Um Russland zu entmachten, muss die EU **in Machtkategorien denken und handeln** – und den Mut haben, diese Macht auch einzusetzen.

Doch was bedeutet es für Europa eigentlich, im Rahmen einer fortschreitenden Militarisierung „in Machtkategorien zu denken und zu handeln“? Das Army War College zitiert das EU-Institut für Sicherheitsstudien (EUISS). Im ursprünglichen EUISS-[Bericht](#) „Unpowering Russia“ folgt auf diesen Aufruf zum „Mut“ unmittelbar eine Reihe aggressiver Empfehlungen:

Wichtig ist, dass die EU keine Erlaubnis von anderen benötigt, um Russland ‚die Macht zu entziehen‘. Sie kann Öltanker beschlagnahmen. Sie kann Unwahrheiten aufdecken. Sie kann an Orten präsent sein, die Russland seit langem als selbstverständlich ansieht.

Geoökonomische Krisenvereinnahmung

Europa wird darauf konditioniert, operativ aggressiv zu sein und gleichzeitig strukturell abhängig zu bleiben. Es wird dazu gedrängt, als grundlegende Massenschicht eines künftigen Bündnis-konflikts zu dienen, sei es in Form permanenter Spannungen in der Grauzone oder eines direkten, offenen Krieges. Die Ukraine fungierte als erstes groß angelegtes Versuchslabor für Washingtons Problem des Zermürbungskriegs. Europa wird nun angewiesen, diese Lektion zu verallgemeinern und seine innenpolitische Landschaft so umzugestalten, dass diese Art der totalen Mobilisierung für einen langen Krieg direkt auf NATO-Gebiet aufrechterhalten werden kann.

Diese Verlagerung der militärischen Lasten ist untrennbar mit dem verbunden, was man nur als geoökonomische Krisenvereinbarung bezeichnen kann. Die Monografie des Army War College legt genau dar, wie diese Hyperabhängigkeit inszeniert wird:

Washington hat Pläne vorgelegt, seine Ressourcen auf die westliche Hemisphäre und den indopazifischen Raum zu verlagern, wobei von den europäischen Verbündeten erwartet wird, dass sie zu eigenständigen Trägern ihrer eigenen konventionellen Verteidigung werden. [...] Ein Eckpfeiler dieser Neuausrichtung ist die Haager Verpflichtung von 2025, die den NATO-Verbündeten vorschreibt, Verteidigungsausgaben in Höhe von 5 Prozent ihres BIP anzustreben – aufgeschlüsselt in 3,5 Prozent für militärische Kernfähigkeiten und 1,5 Prozent für Resilienz und kritische Infrastruktur. Aus Sicht der USA ist dieses Modell der „entscheidenden, aber begrenzteren Unterstützung“ mit einer geoökonomischen Strategie verbunden. Diese Strategie zielt darauf ab, die Energieabhängigkeit Europas von Russland durch die Lieferung von US-amerikanischem Flüssigerdgas und den Export von Kernbrennstoffen zu minimieren und gleichzeitig den enormen globalen Einfluss der EU als „Regulierungs-Supermacht“ in Frage zu stellen.

Lässt man den technokratischen Rahmen einmal außer Acht, offenbart dieser Text die konkreten Rahmenbedingungen von „NATO 3.0“. Für Europa schreibt der Entwurf eine zermürbende Kombination aus aufgeblähten Militärhaushalten, Militarisierung der Infrastruktur, erzwungener industrieller Konsolidierung und dem drohenden Schreckgespenst einer Massenmobilmachung vor. Doch wie das Dokument offen einräumt, ersetzt diese Regelung lediglich Europas historische Abhängigkeit von russischer Energie durch eine gebundene Abhängigkeit von US-amerikanischem Flüssigerdgas (LNG) und Nuklearexporten. Entscheidend ist, dass Washington durch die Verankerung dieser Verteidigungsumorientierung in amerikanischen Technologie- und Energiemonopolen den globalen regulatorischen Einfluss der EU aktiv untergräbt und damit bewusst einen der letzten verbleibenden Mechanismen unabhängiger Einflussnahme neutralisiert, über den Brüssel noch verfügt.

Das Ergebnis all dessen, was hier dargelegt wurde, ist ein konstruierter geschlossener Kreislauf der Hyperabhängigkeit, ein imperiales Konzept, bei dem Washington von Europa verlangt, sich darauf vorzubereiten, einen zermürbenden, auszehrenden Bodenkrieg im Alleingang zu führen. Um diese Vorbereitungen zu finanzieren, muss Europa seinen Sozialstaat aushöhlen, um amerikanische Waffen und amerikanische Energie zu kaufen. Seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit beraubt und technologisch an US-Kommandosysteme gebunden, verliert Europa die materielle Grundlage für eine souveräne Außenpolitik. Um technologisch und energetisch gebunden zu sein, muss es zudem seine Vorschriften und Standards aufgeben. Da es extrem abhängig geworden ist, hat es keine andere Wahl, als die von Washington diktierten Stellvertreterkriege zu führen.

Wir erleben bereits die innenpolitischen Folgen dieses geschlossenen Kreislaufs. Man denke nur an die Warnung, die kürzlich an die regierende Labour-Partei im Vereinigten Königreich [gerichtet](#) wurde:

Das Vereinigte Königreich wird die Ausgaben des öffentlichen Sektors drastisch kürzen müssen, um die Verteidigung zu finanzieren, was der regierenden Labour-Partei ‚Schmerzen und große Schwierigkeiten‘ bereiten wird, warnte am Dienstag ein ehemaliger NATO-Chef und hochrangiger Parteifunktionär. George Robertson – ein ehe-

maliger britischer Verteidigungsminister, der an der „Strategic Defence Review“ des letzten Jahres mitgearbeitet hatte ... – warnte die Labour-Abgeordneten, dass Großbritanniens Versprechen hinsichtlich der Militärausgaben und seine NATO-Verpflichtungen „aus den inländischen Haushalten bestritten werden müssen“. Bei seiner Rede auf der „Defence Strategic Communications Conference“ in London sagte Robertson, es gebe „keinen anderen Weg“, die Verteidigung zu finanzieren, da es „kein Geld, überhaupt keine Überschüsse“ gebe.“

Dies ist nur ein Beispiel für die materielle Realität des 5-Prozent-BIP-Ziels. Es handelt sich um die bewusste, notwendige Aushöhlung des zivilen Staates zur Finanzierung des militärischen Knotens.

Damit wir diese Architektur nicht fälschlicherweise für eine spontane Reaktion auf die jüngsten geopolitischen Ereignisse halten, müssen wir schließlich erkennen, dass dieser imperiale Entwurf seit Jahrzehnten in der Entstehung ist. Der australische Forscher Zac Rogers verwies auf einen Text des Militärstrategen Martin Libicki (Gastprofessor an der US-Marineakademie) aus dem Jahr 1995, in dem das Konzept der „vertikalen Koalitionen“ untersucht wurde. Libicki verwendete zwar den Begriff „vertikal“, doch dieser kann auch die Dynamik zwischen dem imperialen Kern und seinen semi-peripheren Knotenpunkten beschreiben:

Wir würden umfassende Informationen über den Aufenthaltsort und die Bewegungen entfernter Truppenteile liefern. Unsere Überwachungssysteme (sowohl weltraumgestützte als auch luftgestützte) würden die präzise Ortung feindlicher Plattformen ermöglichen. Unsere dezentralen Sensorsysteme würden so eingerichtet, dass sie Daten erfassen, analysieren und in Feuerleitlösungen umwandeln. Dies würde es den eigenen Streitkräften ermöglichen, den Feind präzise einzuschätzen, und ihnen in Echtzeit die Fähigkeit ‚One-Shot, One-Kill‘ verschaffen. Wir könnten sogar die Zielerfassung steuern, sobald sie die Waffe in Stellung gebracht haben. In einigen Fällen könnten die USA möglicherweise den Ausgang des Konflikts zu ihren Gunsten beeinflussen, ohne dass es eindeutige Beweise dafür gäbe, dass wir überhaupt eingegriffen haben. Der Einsatz von Fernsensoren als Ersatz für Streitkräfte befreit uns zudem von der Notwendigkeit von Stützpunkten im Ausland ...

Zwar existiert die Struktur „amerikanisches Gehirn, europäische Muskeln“ bereits seit der Gründung der NATO in rudimentärer Form, doch diese Vision aus dem Jahr 1995 verdeutlicht, wie frühe technologische Fortschritte herangezogen wurden, um das heutige Rahmenwerk zu rechtfertigen. Es handelt sich um eine kühle und entmutigend offene Formulierung imperialer Kontrolle.

Der „Bunkerstaat“ und der neue Gesellschaftsvertrag

Der NATO-Gipfel in Ankara, die öffentliche Bestätigung von „NATO 3.0“ und die damit einhergehenden tiefgreifenden industriellen Umwälzungen deuten allesamt auf eine **Realität der bedingten Souveränität** hin. Den NATO-Mitgliedern wird gerade so viel Souveränität zugestanden, dass sie ihre vorgeschriebenen Beiträge zahlen und ihr Hoheitsgebiet zur Verfügung stellen können, doch haben sie keinen Einfluss auf den übergeordneten strategischen Rahmen. Europa wird zweifellos gestärkt, jedoch streng innerhalb des transatlantischen Käfigs und nur in eine Richtung: in Richtung Krieg.

Wie ich in meinem sich entwickelnden „Bunkerstate“-Konzept dargelegt habe, ist der „Bunkerstaat“ nicht an eine einzelne Nation gebunden. Vielmehr ist er das Projekt und das Ergebnis einer historisch gewachsenen, transnationalen – und vorwiegend transatlantischen – herrschenden Schicht. In diesem Paradigma ist der traditionelle Nationalstaat nicht mehr der Hauptakteur; er fungiert lediglich als Verwaltungsgebiet, das geoökonomische Ressourcen, strategische Lage und **eine gefangene Bevölkerung** bereitstellt. Jeder Schauplatz, jede Region und jedes Land wird auf einen Knotenpunkt innerhalb eines umfassenderen imperialen Netzwerks reduziert.

Folglich stellt „NATO 3.0“ einen qualitativen Wandel in der Bedeutung des Bündnisses innerhalb des Weltgefüges dar. Die NATO wurde faktisch darauf reduziert, einen von mehreren globalen Schauplätzen zu verwalten, wird jedoch gleichzeitig wie ein Quasi-Staat behandelt. Ihre Mitgliedsstaaten werden systematisch auf einen Zermübungskrieg vorbereitet, was eine radikale Umstrukturierung ihrer Steuersysteme, ihrer industriellen Grundlagen und ihrer Sozialverträge erforderlich macht. Es ist kein Zufall, dass wiederkehrende Debatten über die allgemeine Wehrpflicht in den NATO-Ländern häufig mit Forderungen nach einem „neuen Sozialvertrag“ einhergehen. Wie ein Artikel des Royal United Services Institute (RUSI) aus dem Jahr 2024 [offen feststellt](#):

Die gesellschaftliche Dimension lässt sich jedoch nicht so einfach oder so schnell verändern wie die militärische Komponente. Ein schrittweiser Ansatz ist der beste und politisch akzeptabelste Weg. Daher sollten die jüngsten gemeinsamen Erklärungen der NATO nicht als Überreaktion angesehen werden, sondern vielmehr als Versuch, in den NATO-Gesellschaften die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung individueller und kollektiver Systeme zu schaffen ... Es ist wichtig, dass dies auch einen neuen Gesellschaftsvertrag umfasst, der nationale Sicherheitsrisiken sowie die Kosten sowohl des Handelns als auch des Nicht-Handelns klar und transparent darlegt. Darüber hinaus muss er überparteilich sein.

Dieser vorgeschlagene „neue Gesellschaftsvertrag“ würde das Verhältnis zwischen dem Einzelnen und dem Staat verändern und den Bürger von einem Rechteinhaber (einem Subjekt) zu einem Objekt der nationalen Sicherheit degradieren. Wenn die Bevölkerung nämlich nicht mehr aus rechtstragenden Subjekten besteht, wird die Notwendigkeit demokratischer politischer Parteien, die in der Lage sind, eigenständig zu handeln, faktisch ausgehöhlt. Im Wesentlichen verlangt dieser Vertrag eine qualitative Veränderung des Staates selbst.

So wie der Staatsaufbau in der Vergangenheit durch organisierte Gewalt vorangetrieben wurde – zusammengefasst in der berühmten Maxime des Soziologen und Historikers Charles Tilly: „Der Krieg schuf den Staat, und der Staat schuf den Krieg“ –, treibt NATO 3.0 durch Krieg eine staatliche Neuordnung des 21. Jahrhunderts voran. In Anlehnung an das Konzept der „infrastrukturellen Macht“ des historischen Soziologen Michael Mann beobachten wir, wie der Staat seine organisatorischen Kapazitäten rasch weg vom Wohl der Bürger und vollständig hin zur Zermübungskriegsführung umlenkt. Die staatliche Planung wird von der Sicherheitspolitik vereinnahmt. Gesellschaftliche Ressourcen werden der Zivilbevölkerung rücksichtslos entzogen, um das von den USA angeführte imperiale System zu schützen.

Betrachtet man „NATO 3.0“ aus dieser Perspektive, so ist Europas Wandel zu einem autarken, konventionellen Militärknotenpunkt innerhalb der US-amerikanischen Architektur der konkreten und

wirtschaftliche Ausdruck dafür, dass sich der „Bunker“ ausdehnt und seine Türen verschließt. Diese Architektur stützt sich auf mehrere Kernmechanismen:

Auf der Grundlage dieser strukturellen Ausrichtung sichert der „Bunkerstaat“ sein Überleben, indem er die Interessen der staatlichen Sicherheitseliten mit transnationalem Privatkapital verschmilzt. Durch die Einführung des NATO-Innovationsfonds (NIF) und die Neufassung der ESG-Anlagegesetze, um den Verteidigungssektor als „nachhaltige Anlageklasse“ einzustufen, gelingt es dem „Bunkerstaat“, das globale Finanzsystem so umzulenken, dass es seine eigene Befestigung finanziert.

Die konkrete Folge dieser finanziellen Umverteilung ist die gewaltsame Schaffung ihres dialektischen Gegenstücks: der Leere – der breiten Zivilbevölkerung und der Binnenwirtschaft, die strengen Sparmaßnahmen unterworfen sind, während sich der Staat ausschließlich auf Sicherheitsprojekte für die Elite konzentriert. Die Verpflichtung der europäischen Staaten, bis 2035 eine Verteidigungsausgabenquote von 5 Prozent des BIP zu erreichen, erfordert die Entnahme immenser Vermögenswerte aus dem zivilen Bereich. Die Mittel für soziale Sicherheitsnetze, die Energiewende und die öffentliche Infrastruktur werden geopfert, um automatisierte Rüstungsfabriken zu versorgen. Die zivile Wirtschaft wird zu einer Leere, die einzig und allein dazu dient, die industrielle Produktion des militärischen Bunkers aufrechtzuerhalten.

Indem Europa seine wirtschaftlichen Prioritäten dieser Kriegspipeline unterordnet, hört es auf, als Zusammenschluss souveräner Demokratien mit unabhängiger Außenpolitik zu agieren. Wenn der Kontinent zustimmt, riesige, automatisierte Produktionslinien zu errichten, um die gesamte Last der konventionellen Kriegsführung zu übernehmen, verwandelt er sich bereitwillig in eine schwer befestigte, sich selbst finanzierende **regionale Garnison**. Dieser Vorposten bewacht und schwächt die „Ostflanke“ und gewährt dem obersten US-Kommando die geostrategische Flexibilität, Macht an anderer Stelle zu projizieren.

Auf der Ebene der Überstruktur erfordert diese materielle Neuordnung eine entsprechende Verschiebung der ideologischen Inszenierung. Während der Phase „NATO 2.0“ (in den 1990er- und 2000er-Jahren) verschleierte das Bündnis seine Expansion hinter der Rhetorik der „humanitären Intervention“ und der „Verbreitung der Demokratie“. Unter NATO 3.0 wird diese Maske abgelegt. Die herrschende Schicht sieht keine Notwendigkeit mehr, die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen, dass sie ein überlegenes Moralsystem bietet. Die auf dem Gipfel in Ankara verwendete Sprache ist rein transaktional, industriell und auf das Überleben ausgerichtet; sie behandelt das Bündnis als eine kalte, makroökonomische Plattform, die darauf ausgelegt ist, Bedrohungen durch industrielle Massen zu bewältigen.

Betrachtet man diese Entwicklung im größeren Zusammenhang der Kapitalakkumulation, so deckt die marxistische Historikerin Heide Gerstenberger düstere **historische Kontinuitäten** auf:

Zu Beginn des Welthandels stellten europäische Fürsten Kaperbriefe an Freibeuter aus und gewährten bewaffneten Handelsgesellschaften Monopole, wodurch diese globale Reichtümer gewaltsam an sich reißen konnten, ohne dass der Staat dafür direkt zur Rechenschaft gezogen wurde. Heute agiert der imperiale Kern durch eine hochentwickelte Weiterentwicklung dieses Mechanismus der Delegation organisierter Gewalt. Die US-Strategie der „vertikalen Koalitionen“ ist das moderne Äquivalent des bewaffneten Handelskapitalismus: Washington delegiert das zermürbende Sterben und den

finanziellen Ruin an seine halbperipheren Knotenpunkte (die „Muskelmänner“ und die „Stahlschweinchen“), behält dabei jedoch ein striktes Monopol auf Befehlsgewalt, Technologie und wirtschaftliche Ausbeutung.

In ihrer Gesamtheit fungiert „NATO 3.0“ als der maßgebliche militärisch-industrielle Entwurf des „Bunkerstaates“. Sie wirkt als struktureller Mechanismus, der Europa in einen permanenten Garnisonsstaat einbindet – finanziert durch privates und öffentliches Kapital, aus zivilen Ressourcen geschöpft und als hocheffizienter, automatisierter Knotenpunkt im Dienste eines umfassenderen globalen Imperiums fungierend.

Lähmender Fatalismus ist unangebracht

Zum Abschluss dieser Analyse muss man jedoch den lähmenden Fatalismus ablehnen, der oft in westmarxistischen Kritiken und katastrophalen geopolitischen Szenarien anzutreffen ist.

Ich betrachte das von den USA geführte Imperium weder als allmächtiges, übernatürliches Wesen, noch halte ich sein hegemoniales Konzept für makellos oder für eine Erfolgsgarantie.

Mein Rahmenkonzept basiert auf der Weltsystemanalyse aus der Perspektive des Globalen Südens – einem Blickwinkel, der von vornherein anerkennt, dass imperiale Zentren an die endlichen materiellen und menschlichen Grenzen der irdischen Geografie gebunden sind, Einschränkungen, die einem ständigen Wandel unterliegen.

Dieses System ist eine hektisch arbeitende Maschine, die von fehlbaren menschlichen Institutionen betrieben wird. Auch wenn ich die betroffenen Staaten in diesem konkreten Aufsatz nicht in den Mittelpunkt gestellt habe, muss doch festgestellt werden, dass Formen des anti-hegemonialen Widerstands überall existieren, auch im Kern des „Bunkerstaates“ selbst.

Tatsächlich zeigen die historischen Aufzeichnungen, dass bewaffnete Vereinnahmung stets nur dann eingedämmt wurde, wenn sie auf unüberwindbaren Widerstand stieß. Indem wir entmystifizieren, was das von den USA geführte Imperium plant und umzusetzen versucht, gewinnen wir unseren gemeinsamen Horizont zurück. Das Verständnis der Architektur von NATO 3.0 ist die Voraussetzung für eine wirksame Gegenplanung und die Schaffung von Gegeninstitutionen in großem Maßstab – Institutionen, die in der Lage sind, uns endlich aus diesem vielschichtigen Käfig zu befreien.

Anhang

Samir Amin beschreibt in seinem Werk „Capitalism in the Age of Globalization“ (1997) den Zerfall des souveränen Nationalstaats und die „fünf Monopole“ des imperialen Kerns – ein Welt-System-Modell, das die strukturelle Dynamik von NATO 3.0 vorwegnimmt:

Meiner Meinung nach sollte die Debatte mit einer eingehenden Erörterung der neuen Merkmale des gegenwärtigen Weltsystems beginnen, die sich aus der Erosion des vorherigen Systems ergeben. Dabei gibt es zwei Elemente:

1. Die Erosion des autozentrierten Nationalstaats und das damit einhergehende Verschwinden der Verbindung zwischen dem Bereich der Reproduktion und dem der Akkumulation sowie die Schwächung der politischen und sozialen Kontrolle, die bislang genau durch die Grenzen dieses autozentrierten Nationalstaats definiert war;
2. Die Erosion der großen Kluft zwischen industrialisierten Zentren und nicht-industrialisierten Randregionen sowie das Entstehen neuer Dimensionen der Polarisierung.

Die Position eines Landes in der globalen Hierarchie wird durch seine Fähigkeit bestimmt, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Diese Binsenweisheit anzuerkennen, bedeutet keineswegs, die Ansicht der bürgerlichen Ökonomen zu teilen, dass diese Position das Ergebnis rationaler Maßnahmen sei – wobei diese Rationalität am Maßstab der sogenannten „objektiven Gesetze des Marktes“ gemessen wird. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, dass diese Wettbewerbsfähigkeit ein komplexes Produkt vieler wirtschaftlicher, politischer und sozialer Faktoren ist. In diesem ungleichen Kampf bedienen sich die Zentren dessen, was ich die fünf Monopole nenne.